

Bundesarbeitsgemeinschaft  
Kritischer  
Polizistinnen und Polizisten  
(Hamburger Signal) e.V.



c/o Thomas Wüppesahl • Kronsberg 31 • 21502 Geesthacht-Krümmel

- **Bundessprecher** -

Thomas Wüppesahl  
Kronsberg 31  
D - 21502 Geesthacht-Krümmel

Tel.: 04152 – 885 666  
Fax: 04152 - 879 669  
Email: thomas@wueppesahl.de

Mittwoch, 24. August 2011

## **PRESSEMITTEILUNG, Nummer 2**

Am 12. Mai 2011 äußerten wir uns erstmals zu dem bürgerrechtlichen Problemfeld um „Stuttgart 21“ und der neuen Tatsache, dass erfreulicherweise eine Grün-Rote Landesregierung aus der Villa Reitzenstein (Staatskanzlei) Stuttgarts das Ländle regiert. Wir gratulierten dem neuen Ministerpräsidenten und seinen MitstreiterInnen und benannten zwei notwendig zu beachtende Punkte:

Zum einen muss Kretschmann seine Richtlinienkompetenz entsprechend klug verwenden, nachdem er „freiwillig“ auf sämtliche Schlüsselressorts – also auch Innen + Recht – verzichtete und zum anderen war uns unklar, ob der neue SPD-Landesinnenminister, Herr Gall, die Klugheit und das Können besitzt, um die notwendigen Schritte in seinem Ressort vorzunehmen, siehe auch:

[http://www.kritische-polizisten.de/politik\\_baden-wuerttemberg/pm\\_2011-05-12\\_stuttgart.pdf](http://www.kritische-polizisten.de/politik_baden-wuerttemberg/pm_2011-05-12_stuttgart.pdf).

### **Heute müssen wir (leider) feststellen:**

**„Weder Herr Kretschmann noch Herr Gall können was sie können müssten“**

Woran machen wir das fest? – Seit dem 20. Juni 2011 wird einmal mehr um das Projekt „Stuttgart 21“ mit polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen repressiven (inclusive richterlichem Handeln) denn mit demokratischen Mitteln gerungen.

Seit dem 20. Juni wird unter anderem wegen versuchten Totschlags gegen protestierende Bürger ermittelt, weil angeblich ein Polizeibeamter das Opfer von Totschlagsaktivitäten geworden sei. Das ist nicht bloß absurd, sondern mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit an den Haaren herbeigezogen (= konstruiert). Es dient einzig dem Zweck, um darüber eine sogenannte Katalogtat „vorweisen“ zu können.

Eine „Katalogtat“ nach § 100a der Strafprozeßordnung öffnet Tür und Tor von Handys, PC's, iPod's

und so weiter. Eine beliebte Ausforschungshandlung der Justiz; gerade der politischen Justiz; und die ist hier am Wirken. - Wenn nämlich eine der im § 100a StPO aufgeführten Straftaten vorliegt, darf auch ohne Wissen des „Betroffenen die Telekommunikation überwacht und aufgezeichnet“ werden. Und genau darum geht es den Jungs und Mädels in der Stuttgarter Polizei, der ihr nahe stehenden Staatsanwaltschaft und (leider) auch den anordnenden RichterInnen! - Landfriedensbruch oder gefährliche Körperverletzung reichen dafür nicht.

Wie man auf den Videos erkennen kann, war der angegriffene Polizist doch noch recht lebendig. Leipzig lässt grüßen. Dort nahmen die staatlichen Organe gleich über hunderttausende Einzelfeststellungen auf windigster wenn nicht rechtswidriger Basis vor, um sie dann auch noch zweckentfremdend in anderen Verfahren zu gebrauchen. Andere Rechtsübergriffe unserer „Freunde und Helfer“ lassen grüßen: Gerade beim Schanzenfest in HaHa am letzten Samstag entblödeten sich Hamburger PolizeibeamtInnen nicht, neuerlich rechtswidrig einen Journalisten **bei seiner Arbeit** festzunehmen:

[http://www.fsk-hh.org/blog/2011/08/20/hamburger\\_polizei\\_verhindert\\_oeffentlichkeit\\_waehrend\\_des\\_schanzenfestes\\_fsk\\_journalist\\_in\\_gewahrsam\\_genommen](http://www.fsk-hh.org/blog/2011/08/20/hamburger_polizei_verhindert_oeffentlichkeit_waehrend_des_schanzenfestes_fsk_journalist_in_gewahrsam_genommen).

Jedenfalls ist die Totschlags-Konstruktion für den § 100a StPO in Verbindung mit den §§ 100g und 100i der StPO der Erklärungsschlüssel für die neuerlich zu beobachtende rechtsstaatsmissbräuchliche Einsatzfreude bei den Stuttgarter Ermittlungsorganen. Peinlich, peinlich – vor allen Dingen für die beteiligten JuristInnen und PolitikerInnen. Und das diese seriellen Rechtsbrüche durch staatliche Organe mittlerweile nach Opportunität von Beamten stattzufinden scheinen, macht es um keinen Deut besser!

Offenbar gibt es niemanden in dieser glorreichen Landesregierung, der die gezielte ermittlungstaktische Tunnelung des bürger- und freiheitsrechtlichen Anspruchs der neuen Landesregierung – so wie er sogar im Koalitionsvertrag getextet wurde – durch dieselben Technokraten im Innen- wie Justizministerium die bereits unter Mappus ihr unseliges Wirken zur Entfaltung brachten, durchschaut. Oder inzwischen finden selbst Grünlinge gut, wenn Journalisten zu Tätern gemacht werden, weil man bei ihnen, würden sie als Zeugen geführt, nicht durchsuchen dürfte.

Der Tatverdacht wird – ohne subjektive Momente – ausschließlich aus dem Umstand geschöpft, dass die JournalistInnen sich auf dem Gelände aufhielten. Niedlich dämlich, denn wie sonst hätten sie berichten sollen?! Soll's auf ein Berufsverbot hinauslaufen?

Es fehlt schon jegliche Feststellung, ob das betreffende Gelände zum Zeitpunkt des Betretens überhaupt noch umfriedet war. Es ist auch nicht nachvollziehbar, warum die JournalistInnen an den Sachbeschädigungen beteiligt gewesen sein sollten.

Es ist nicht einmal dargelegt, dass die vorgeworfenen Taten begangen wurden, als die JournalistInnen auf dem Gelände waren, aber eben erst recht nicht, dass diese solche Taten subjektiv unterstützen wollten. Es handelt sich um pure Gesinnungsjustiz als Unterform eines im Ländle nach wie vor in vielen Köpfen herumschwirrenden Feindstrafrechts.

Und wenn man schon Cams 21-JournalistInnen nicht kunstvoll geschickt, also „clever“ – wie in so vielen anderen Fällen politischer Justiz -, sondern ausgesprochen bräsig deppert zu TäterInnen macht, würde sich doch aufdrängen, dann auch gegen andere Medienvertreter (ZDF, RTL und so weiter) zu ermitteln, falls diese auf dem Gelände waren. Und natürlich gegen den später verletzten Polizisten in Zivil, der auch auf dem Gelände war, der aber nicht einschritt, obwohl er dem Strafverfolgungszwang unterliegt (Verdacht der Strafvereitelung im Amte?) und zudem unerlaubt in einer Versammlung eine Waffe (sogar Schusswaffe) mit sich führte.

Baden-Württemberg ist weiter – wie Bayern – eine Hochburg rechtsstaatlicher Niederungen. Und hat wirklich noch jemand Fragen warum der neue Innenminister Gall es nicht kann? Der schaue bei Bedarf:

<http://blog.cams21.de/2011/08/20/interview-mit-thomas-wuppesahl-hausdurchsuchungen-bei-stuttgart-21-gegner-und-cams21/>

Wenn man also lust- wie planvoll und ohne Not sowie wenig politischem Verstand schon auf das Justiz- und Innenressort verzichtet, wie Kretschmann es mit seinen Getreuen getan hat, darf man sich nicht wundern, wenn ein ehrenamtlicher Feuerwehrmann als Innenminister seine Polizei nicht in den Griff bekommt. Die baden-württembergische Polizei macht dasselbe wie am 30. September 2010 im Stuttgarter Schlossgarten. Nur geschickter. Zwar immer noch dämlich, aber nicht dämlich genug als dass Grünlinge und Sozis das durchschauten. – Oder wollen sie es etwa doch, dass mit gezielten ermittlungstaktischen Nadelstichen der Protest gegen „Stuttgart 21“ geschreddert wird?

Das ist der Tribut für einen stramm realpolitisch durchsetzten grünen Landesverband in Baden-Württemberg, der dabei nicht mehr über die in der Regel im linken Spektrum befindlichen Kenner staatlicher Repression und seiner unlauteren Methoden verfügt.

### **Was uns Kritische mit wirklich großer Sorge umtreibt ist Folgendes:**

Nahezu überall wo die Grünen mitregiert haben, ob in den Bundesländern oder Rot-Grün in Bonn und Berlin auf Bundesebene, Schwarz-Grün in Hamburg war sogar ein totales Waterloo für bürgerrechtliche Ansprüche, waren die Grünen gerade im innen- und justizpolitischen Feld unzuverlässig. Wie soll das bloß im Bund werden, wenn im Jahre 2013 – darauf scheint alles hinauszulaufen – wieder Rot-Grün regieren kann? Soll ein Jerzy Montag Justizminister werden? Der Mann zieht vor allen Dingen eines hinter sich her: Eine Schleimspur von Anbiederung gegenüber dem politischen Gegner in der er zu ertrinken droht. Immer mit dem nicht zu vergessenen Anhauchen bürgerrechtlichem Anspruchs. Die Grünen müssen in der Lage sein, das Justiz-, besser wäre endlich mal das Bundesinnenministerium, kompetent zu besetzen; jedenfalls bei diesen Prozentzahlen bei denen sie derzeit in Umfragen liegen.

Auch auf Bundesebene sind linke Persönlichkeiten, so es sie überhaupt noch gibt, wie zum Beispiel Hans-Christian Ströbele, kalt gestellt. Gerade er überlebt die Metamorphosen zur sogenannten Politikfähigkeit bei den Grünen, indem die Grünen den anderen Parteien immer ähnlicher werden, entscheidend und nur über das einzige gewonnene Direktmandat das je von den Grünen geholt werden konnte. Und zwar schon drei Male! - Trotzdem wird so ein Mann als „nicht vermittelbar“ etc. bei der Verteilung von Staatsämtern zur Seite gelegt.

Dafür stellten die baden-württembergischen Grünen einen Jerzy Montag als potentiellen Landesjustizminister in den Raum. So weit ist es schon gekommen. Da hätten sie ja gleich den abgehalfterten ehemaligen grünen Hamburger Justizsenator, Dr. Till Steffen, benennen können, der gleich in Serie als rechts außen einzuordnende Richter ernannte – teilweise zu Vorsitzenden Richtern am Landgericht Hamburg – und dann noch solche Exemplare von Richter-Persönlichkeiten, zu denen es bessere BewerberInnen gab! Das kann man nicht alles mit seinen jungen Lebensjahren entschuldigen. Es handelt sich nicht um Kommunalparlamente, in denen man mal „üben“ könnte, sich „ausprobieren“, oder so, sondern um Landtage oder dann den Deutschen Bundestag.

Gerade der baden-württembergische Landesverband der Grünen hat schon etliche grün-programmatische Irrflieger in bedeutsame Stellungen gebracht: Ob Fritz Kuhn, Reiner Metzger, die beide nach Kräften den neoliberalen staats- und systemzersetzenden Wirtschaftsegoismus nicht bloß zu Zeiten von Rot-Grün im Bund unterstützten und beförderten! Gerade Letzterer wird ja nicht einmal mehr bei der CDU, wo er zum nächsten Harakiri ansetzte, vernünftig platziert. Bei den Grünen ging das alles locker...

Kurzum: Es macht wenig Sinn, den einzigen Fachminister der Grünen zu „Ordnung zu rufen“, also Winfried Herrmann als Landesminister für Verkehr und Infrastruktur, der in Sachen „Stuttgart 21“ anständige Arbeit leistet, während seine beiden Kollegen aus Innen + Recht die Verantwortung dafür tragen, dass der Widerstand gegen „Stuttgart 21“ und für eine sinnvolle Verkehrspolitik geschreddert wird. Gerade die Richtlinienkompetenz des MP sollte in die andere Richtung wirken. Herrmann macht was er im legalen Rahmen kann, mit einer Gruppe von exzellenten Köpfen.

Dies ist der politische Handlungsrahmen in dem man die Geschehnisse vom 20. Juni 2011 in Sachen „Stuttgart 21“ (besser: Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht vereint gegen Grundrechte wie die Pressefreiheit) einordnen sollte. Ohne politische Rückendeckung bzw. Trottelei oder Naivität wären solche Maßnahmen bei einem politischen Brennpunkt wie „Stuttgart 21“ es ist nicht möglich! Wie Kritische PolizistInnen hatten mit unserer „Gratulations“-Pressemitteilung vom 12. Mai 2011 versprochen, dass wir weiter die Geschehnisse verfolgen. Wir halten hiermit unser Versprechen. Auch zukünftig.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Wüppesahl“

(Bei elektronischem Versand ohne Unterschrift)